



**Interpellation der SP-Fraktion**

**betreffend Auswirkungen bei einer allfälligen Annahme der SVP-Chaos-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» auf den Kanton Zug**

(Vorlage 4059.1 - 18473)

Antwort des Regierungsrats  
vom 19. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP-Fraktion hat am 9. Februar 2026 die Interpellation betreffend Auswirkungen bei einer allfälligen Annahme der SVP-Chaos-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeits-Initiative)» auf den Kanton Zug eingereicht. Der Kantonsrat hat die Interpellation an seiner Sitzung vom 26. Februar 2026 dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

**1. Vorbemerkungen**

Die Nachhaltigkeitsinitiative sieht folgenden neuen Art. 73a der Bundesverfassung vor:

<sup>1</sup> Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ab 2050 kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich durch Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen. Der Bund stellt sicher, dass der Grenzwert eingehalten wird.

<sup>2</sup> Bund und Kantone treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen.

<sup>3</sup> Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Die Übergangsbestimmungen zu Art. 73a sehen Folgendes vor:

<sup>1</sup> Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neuneinhalb Millionen Menschen, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der Bundesrat strebt ausserdem im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 die Neuverhandlung bevölkerungswachstumstreibender internationaler Übereinkommen, seien sie rechtsverbindlich oder nicht, oder die Aushandlung von Ausnahme- oder Schutzklauseln an. Sehen Übereinkommen solche Klauseln vor, so ruft der Bundesrat sie an.

<sup>2</sup> Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz den Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes. Absatz 1 gilt entsprechend. Jedoch sind internationale Übereinkommen im Sinn von Absatz 1 auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen, insbesondere der Globale Pakt vom 19. Dezember 2018 für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (UNO-Migrationspakt), falls die Schweiz diesen unterzeichnet hat. Ist der

Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten und konnten bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen in Form einer Verordnung innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der von der Bundesversammlung erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Die Bundesversammlung beschloss am 19. Dezember 2025, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Sie kommt am 14. Juni 2026 auf Bundesebene zur Abstimmung.

Im Zentrum der Nachhaltigkeitsinitiative steht der Grenzwert der Wohnbevölkerung von 10 Millionen Personen. Dieser wird gemäss Referenzszenario (mittlerem Szenario) der Bevölkerungsentwicklung des Bundesamts für Statistik (BfS) im Jahr 2040 bzw. 2041 erreicht und der in den Übergangsbestimmungen festgelegte Wert von 9,5 Millionen im Jahr 2031. Demnach handelt es sich um mittel- bis längerfristige Szenarien, die mit einigen Unsicherheiten behaftet sind. Insbesondere hängen die Szenarien von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz ab, die sich angesichts der internationalen Verwerfungen und Unsicherheiten kaum über einen so langen Zeitraum genau voraussagen lässt. Zudem handelt es sich bei der Nachhaltigkeitsinitiative um eine Vorlage auf Bundesebene, die sich primär an die Organe des Bundes richtet. Dies ergibt sich insbesondere aus den Übergangsbestimmungen. Der Regierungsrat hält sich usanzgemäss mit Stellungnahmen im Vorfeld von Volksabstimmungen auf Bundesebene zurück, ist es doch nicht an ihm, Abstimmungsempfehlungen dazu abzugeben.

Überdies beziehen sich die in der Initiative vorgegebenen Grenzwerte auf die gesamte Schweiz. Aufgrund des unterschiedlichen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums in den Kantonen, das von der Initiative nicht abgebildet wird, können keine zuverlässigen zahlenmässigen Aussagen zum Kanton Zug gemacht werden. Die Begrenzung des Wachstums dürfte eher zu Ungunsten der weniger attraktiven Kantone ausfallen als zulasten des Kantons Zug. Demzufolge können die Fragen grösstenteils nicht auf den Kanton Zug heruntergebrochen beantwortet werden.

## **2. Beantwortung der Fragen**

**2.1.** *Gegenüber der NZZ am Sonntag hat sich der Regierungsrat Heinz Tännler wie folgt zitierten lassen: «Eine strikte Obergrenze der Bevölkerungszahl ist gefährlich und würde die Wirtschaft auf einen Schlag abwürgen.» Teilt der Regierungsrat diese Auffassung?*

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass eine strikte Obergrenze der Bevölkerungszahl für die Wirtschaft eine erhebliche Herausforderung darstellen würde.

*Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Chaos-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz auf:*

- 2.2. den Wirtschaftsstandort Kanton Zug, insbesondere hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften, der Produktion und dem Absatz für die Zuger Industrie und der Kaufkraft bzw. Konsumfähigkeit der Zuger Haushalte?*

Der sehr international ausgerichtete erfolgreiche Wirtschaftsstandort Zug ist auf qualifizierte Fach- bzw. Arbeitskräfte angewiesen, die er aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft noch weniger allein aus der ansässigen Wohnbevölkerung gewinnen kann. Ein liberaler Arbeitsmarkt mit einer massvollen Zuwanderung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Erfolgs. Eine fix begrenzte Bevölkerungsentwicklung würde für den Wirtschaftsstandort Zug eine Herausforderung darstellen und hätte mittelfristig auch Auswirkungen auf die Zuger Industrie und die Kaufkraft der Zuger Haushalte.

- 2.3. den Arbeitsmarkt im Kanton Zug, insbesondere hinsichtlich Arbeitsplatzangebot, Arbeitsbedingungen und Lohnentwicklung?*

Aufgrund der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Zug wäre mittelfristig auch mit einem Rückgang des Arbeitsplatzangebots und der Lohnentwicklung zu rechnen.

- 2.4. die Grundversorgung der Zuger Bevölkerung und Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Grundnahrungsmittel/Detailhandel, Mobilität, Energie, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung und soziale Sicherheit?*

Eine allfällige Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative ist nur einer von verschiedenen Faktoren, die das Bevölkerungswachstum beeinflussen können. Dazu gehören insbesondere auch die Demografie, die Zuwanderung aus anderen Kantonen und generell die wirtschaftliche Entwicklung, die sich vor dem Hintergrund der erwähnten Ausgangslage auf eine längere Sicht nicht sicher vorhersehen lassen. Daher wären detaillierte Aussagen zu den angesprochenen umfassenden Bereichen spekulativ. Betreffend die Auswirkungen im Bereich Bildung lässt sich hingegen mit hinreichender Sicherheit sagen, dass Massnahmen des Bundesrats in den Bereichen Asyl und Familiennachzug, wie sie in den Übergangsbestimmungen zu Art. 73a Abs.1 BV gefordert sind, die Schulen massiv entlasten würden.

- 2.5. die Finanzaussichten des Kantons Zugs und ihren Gemeinden, insbesondere hinsichtlich Steuereinnahmen bei tieferen Gewinnaussichten von Zuger Unternehmen und veränderten Einkommensverhältnissen von Zuger Haushalten?*

Aktuell geht der Regierungsrat für den Kanton Zug für die nächsten Jahre von einem steigenden Ertragsüberschuss aus. Wie sich diese Situation bei einer Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative in fünf Jahren oder später verändern könnte, lässt sich nicht zuverlässig voraussagen, da sie noch von verschiedenen weiteren Faktoren abhängt. Dasselbe gilt für die Finanzaussichten der Gemeinden.

- 2.6. die Einkommensverhältnisse der Gemeinden sowie die Infrastruktur, die Erschliessung und den Immobilienmarkt, insbesondere hinsichtlich des Baus und Unterhalts von Verkehrswegen, Produktionsstandorten bzw. Arbeitsplätzen sowie Wohnungen?*

Auch diese Auswirkungen würden nicht nur von einer allfälligen Annahme der Nachhaltigkeitsinitiative abhängen und liessen sich nicht allein auf diese zurückführen.

*2.7. Zu welchen konkreten Verbesserungen im Umweltschutz würde eine Annahme der Initiative aus Sicht des Regierungsrats führen?*

Der Zustand der Umwelt hängt nur teilweise vom Bevölkerungswachstum ab. Massgebend sind daneben auch das Verhalten der Bevölkerung, der technologische Fortschritt und die wirtschaftliche Entwicklung. Aussagen zum Zustand der Umwelt können daher weder für den Fall einer Annahme noch einer Ablehnung der Nachhaltigkeitsinitiative gemacht werden.

*2.8. Wie viele Mitarbeitende mit Staatsangehörigkeit aus dem EU/EFTA-Raum sind aktuell in folgenden Bereichen des Gesundheits- und Pflegewesens im Kanton Zug beschäftigt (fest oder temporär):*

*2.8.1. Spitäler mit kantonalem Leistungsauftrag*

Die Leistungserbringer im Gesundheitswesen sind auf Mitarbeitende aus dem EU-/EFTA-Raum angewiesen. Die Frage bezüglich der Spitäler wurde bereits in der Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum (Vorlage Nr. 4029.2 - 18537) gestellt, allerdings beschränkt auf das Zuger Kantonsspital, die Psychiatrische Klinik Zugersee und die Klinik Meissenberg. Deshalb wird auf die Antwort auf Frage 1 dieser Interpellation verwiesen. Eine Ausweitung der Umfrage auf alle weiteren, grösstenteils ausserkantonalen Spitäler mit Leistungsauftrag des Kantons Zug erscheint unverhältnismässig.

*2.8.2. Alters- und Pflegeheime*

Eine entsprechende Datenerfassung wäre sowohl für die 17 Betriebe (inkl. spezifische Angebote für Ordensgemeinschaften) als auch für den Kanton mit unverhältnismässigem administrativem Aufwand verbunden. Zudem ist allgemein bekannt, dass die Leistungserbringer im Gesundheitswesen auf Mitarbeitende aus dem EU-/EFTA-Raum angewiesen sind, weshalb von einer Umfrage kein zusätzlicher Erkenntnisgewinn zu erwarten wäre.

*2.8.3 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen*

Diesbezüglich wird sinngemäss auf die Antwort auf Frage 2.8.2 verwiesen.

*2.8.4 Spitex Organisationen*

Diesbezüglich wird sinngemäss auf die Antwort auf Frage 2.8.2 verwiesen.

*2.8.5 Weitere Institutionen in den Bereichen Gesundheit und Pflege mit kantonomer Finanzierung oder kantonalem Leistungsauftrag*

Diesbezüglich wird sinngemäss auf die Antwort auf Frage 2.8.2 verwiesen.

*2.9. Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitenden aus dem EU/EFTA-Raum in diesen Bereichen in den letzten zehn Jahren entwickelt?*

Betreffend Entwicklung der Anzahl Mitarbeitenden aus dem EU/EFTA-Raum wird auf die Antwort auf Frage 2 der Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum (Vorlage Nr. 4029.2 - 18537) verwiesen. Daraus ist ersichtlich, dass die Anzahl der Mitarbeitenden aus dem EU/EFTA-Raum ungefähr im gleichen Umfang stieg wie das Total der Mitarbeitenden, sodass der Anteil der Mitarbeitenden aus dem EU/EFTA-Raum über die Jahre in allen drei Kliniken mit leichten Schwankungen konstant blieb. Dabei ist der Anteil in der Psychiatrie

höher als in der Akutsomatik. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Entwicklung in den übrigen Institutionen vergleichbar ist.

*2.10. Wie beurteilt der Regierungsrat die Abhängigkeit des Zuger Gesundheits- und Pflegewesens von Fachkräften aus dem EU/EFTA-Raum (insbesondere im Hinblick auf Versorgungssicherheit, Qualitätsstandards und Personalplanung)?*

Wie bereits in den Antworten auf die Fragen 2.8.1 und 2.8.2 ausgeführt, sind die Leistungserbringer im Gesundheits- und Pflegewesen auf Mitarbeitende aus dem EU-/EFTA-Raum angewiesen. Ausserdem wird auf die Antwort des Regierungsrats auf Frage 4 der Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum (Vorlage Nr. 4029.2 - 18537) verwiesen.

*2.11. Welche Risiken sieht der Regierungsrat für die Gesundheits- und Pflegeversorgung im Kanton Zug bei einer Einschränkung oder Abschaffung der Personenfreizügigkeit in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU/EFTA-Raum in den genannten Bereichen und für den Kanton Zug?*

Diesbezüglich wird auf die Antwort des Regierungsrats auf Frage 5 der Interpellation der GLP-Fraktion betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum (Vorlage Nr. 4029.2 - 18537) verwiesen.

### **3. Antrag**

Kenntnisaufnahme

Zug, 19. Mai 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart